

Der WBGU und die Bewältigung der globalen Klimakrise

geschrieben von Admin | 25. Januar 2017

Zu Beginn der deutschen Präsidentschaft über die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) publizierte der 1992 in Verbindung mit dem „Erdgipfel“ von Rio de Janeiro/Brasilien gegründete Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) ein Sondergutachten: „Entwicklung und Gerechtigkeit durch Transformation: Die vier großen I“. Dessen Vorsitzender Hans Joachim Schellnhuber umriss den Inhalt in den Fränkischen Nachrichten vom 13. Januar 2017 kurz wie folgt:

„Wir müssen bis 2050 die Welt weitgehend dekarbonisieren. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung muss bis 2030 erfolgen, und der Verbrennungsmotor muss endlich auf den Müllhaufen der Geschichte landen. Wir müssen uns auch weitgehend vom Zement als Baustoff verabschieden. Es ist eine Transformation, die nur mit der Industriellen Revolution zu vergleichen ist.“

Zu unserer Rolle meinte er: „Deutschland ist immer noch Antreiber.“ Beanspruchte Deutschland 1992 in Rio nur die Rolle des „Vorreiters“, so ist nun zu fragen, woher die Anmaßung „Antreiber“ herrührt. Ist es ideologische Besessenheit, ist es Größenwahn oder muss wieder einmal die Welt am „deutschen Wesen“ genesen, aufgrund eines grenzenlosen Idealismus gepaart mit Realitätsblindheit? Darüber schweigt der WBUG. Er spielt die Rolle des Erfüllungsgehilfen, der dem „historischen Doppelerfolg für die Nachhaltigkeits- und Klimapolitik“ von 2015 zum Durchbruch verhelfen will. Er bezieht sich auf die bei der „UN in New York vereinbarte Agenda 2030“ und auf das „UN Übereinkommen von Paris zum Klimaschutz“. Mit seiner Forderung nach „vollständiger Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis spätestens 2070“ strebt er eine globale „Große Transformation“ an, um für alle Zeiten für Gerechtigkeit und Frieden durch „Inklusion innerhalb der Gesellschaften“ zu sorgen. Mit der Inklusion will er den „Aufstieg eines autoritären, völkischen Nationalismus“ ausbremsen. Gleichzeitig fördert er das „Leitbild eines gestaltenden Staates“, der das Steuerruder in die Hand nimmt und die „Große Transformation“ vorantreibt. In diesem Sinne, so heißt es im WBGU-Gutachten, sollten sich die G20-Regierungen als „Pioniere des Wandels“ verstehen, schnell „Dekarbonisierungsstrategien“ entwickeln und sich „an den dekadischen Schritten des Klimaschutzfahrplans orientieren, in dem bis 2050 die weltweiten Emissionen auf Null gesenkt werden“. Hierzu müsse eine „inklusive Kommunikation“ geführt werden: „Zur Entwicklung einer grundlegenden „transformative literacy“ gilt es einerseits, die

kollektiven und individuellen Fähigkeiten zum produktiven und kreativen Umgang mit Herausforderungen zu fördern, und dadurch zugleich Unsicherheiten und Ängste abzubauen, die mit der Konfrontation mit komplexen und ungewohnten Aufgaben einhergehen. Wichtig ist dabei, Risikoinformationen immer mit kollektiven und individuellen Handlungsoptionen zu verknüpfen.“

Ist nun alles klar? Haben Sie das verstanden? Wissen Sie nun, wo die Ursachen und Folgen des Klimawandels liegen? Ich weiß nur, dass die Ursachen des Klimawandels im Wetterwandel liegen. Dessen Ursachen sind unverändert ein „Buch mit sieben Siegeln“ und die Folgen sind erst recht unbekannt, weil uns ein Blick in die Wetterzukunft des Jahres 2050 verschlossen ist. Daran ändert auch eine „umgestaltete Lesefähigkeit“ oder neudeutsch „transformative literacy“ nichts.

Zum Auftrag und globalen Sendungsbewusstsein des WBGU

Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen wurde im Jahre 1992 von der Bundesregierung in Verbindung mit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, dem „Erdgipfel“ in Rio de Janeiro, unter der Regentschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl ins Leben gerufen. Zuständiger Umweltminister war Klaus Töpfer. Der WBGU sollte im Sinne eines „Frühwarnsystems“ auf neue Problemfelder hinweisen und durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit das Bewusstsein für Probleme des globalen Wandels fördern. Er bediente sich dabei geschickt der literarischen Form der Erzählung, des Narrativs, einer populären Geschichte. Damit umging man geschickt unbequemen Fragen nach irgendwelchen ideologischen Hintergründen.

Der WBGU gab von Beginn an vor, sich nur und ausschließlich der „Weltrettung“ wie der Heilung der „Klimakrise“ aus „Zukunftsverantwortung“ im Sinne der „Nachhaltigkeit“ zu widmen, natürlich aus rein ethischen, moralischen wie altruistischen Beweggründen. Im Grunde genommen ist der Auftrag der Bundesregierung, ein deutscher Beirat möge der „Welt“ als Staatengemeinschaft politische Verhaltensregeln vorgeben, eine Anmaßung, eine Art „Selbstermächtigung“. In keinem anderen Volk der Erde hat es etwas Analoges gegeben wie 1986 die „Warnung vor der globalen Klimakatastrophe“ von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft e. V. Die Warnung, bildhaft untermalt mit der „Sintflut“ und „Hölle“, hat eine derart kollektive Angstpsychose erzeugt, die in Verbindung mit dem „Waldsterben“ wie dem „Ozonloch“ zu dem Synonym von der typischen „German Angst“ als ostentativ vorgetragenen „Leiden an der Welt“, geführt hat.

Der WBGU, hat zahlreiche Gutachten präsentiert, die der „Klimapolitik“ Orientierung geben und als Stütze dienen sollen. Das Klima eignet sich bestens als Erzählstoff für alle möglichen Klimamärchen. Es eignet sich auch sehr gut, um gezielt transformatorische Verhaltenstipps zu geben, um die Gesellschaftsveränderung in die politisch korrekten Bahnen zu leiten. Der WBGU erfüllt seinen Auftrag wunschgemäß und ist fleißig.

Bisher hat er speziell zum „Klimaschutz“ folgende Gutachten publiziert:

1997: „Ziele für den Klimaschutz“

2002: „Entgelte für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter“

2007: „Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel“

2011: „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für die Große Transformation“

2013: Als Anleitung erschien hierzu ein Märchenbuch in Form eines Comicheftes „Noch

schnell die Welt retten“ unter Mitwirkung des Paläontologen Reinhold Leinfelder

(FU Berlin) mit der Aufforderung „Wir brauchen eine Revolution“!

2014: „Klimaschutz als Weltbürgerbewegung“

Die Wege des WBGU sind klar strukturiert und vorgezeichnet. Seine Sprache ist bewusst diffus, um die revolutionäre Absicht zu verbergen und den Bürger nicht frühzeitig aus dem Schlaf zu wecken. Anhand von Reizworten wie „Suffizienzrevolution“ wird von Zeit zu Zeit die Reaktion getestet und, bei massiven Protesten, verbal abgerüstet auf „Öko-Suffizienz“. Die Frage nach dem rechten Maß ist nicht anrühlich und ein Leben, das dem übermäßigen Verbrauch von Gütern durchaus verständlich wie die Forderungen nach Askese, Entschleunigung und Konsumverzicht. Suffizienzrevolution lässt sich elegant durch Effizienzrevolution umschreiben. Wer möchte nicht die „ökologischen Grenzen“ respektieren und Energie wie Stoffe effizienter nutzen?

WBGU fordert Weltrettung durch „einzigartigen Kraftakt der Weltgemeinschaft“

Um Akzeptanz für seine Vorschläge zu erzielen, werden „gefährliche Spannungen“ aufgezeigt wie Bürgerkriege und Kriege, Massenflucht und Terrorismus, wachsende Ungleichheit sowie die Gefahr des „Aufstiegs eines autoritären, völkischen Nationalismus“. Die Staaten der G20 werden in die „Führungsrolle“ gedrängt, zumal sie „für 82% der CO₂-Emissionen aus fossilen Energieträgern verantwortlich“ sind. Sie sollen die „rapide Dekarbonisierung“ vorantreiben, den Energieverbrauch effektiv begrenzen und bis 2030 die Zulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren stoppen. Ihre Mittel seien „die vier großen I“: Innovationen, Infrastrukturen, Investitionen, Inklusion. Die Inklusion ist im Singular, weil ein Einwegakt, aus dem es kein Zurück gibt. Ist das Globalziel Inklusion als einer „Gesellschaftstransformation zur

Nachhaltigkeit“ erreicht, dann hat die Welt den „gestaltenden Staat“, der als „Weltregierung“ Ungleichheiten bekämpft, seine „soziale Kohäsion“ stärkt und zu einem „Friedensprojekt“ wird. Die „Inklusion auf globaler Ebene“ wird alle „Ressourcen- und Verteilungskonflikte“ entschärfen und somit „Bürgerkriegen sowie Massenflucht“ entgegenwirken. Diese Idealvision der einen Welt mit dem einen Menschen in der einen Gesellschaft und dem einen Klima „globaler Klimagerechtigkeit“ wird eine friedliche Welt sein, in der nicht nur alle Menschen gleich sind, sondern auch in einem „ökologischen Gleichgewicht“ mit der Natur leben. Doch dieses „Gleichgewicht“ ist eine utopische Illusion! Man muss nur an das „Alles Fließt“ von Heraklit denken. Marxismus und Ökologismus werden unausgesprochen in der Vorstellungswelt des WBGU zu einer quasireligiösen Ideologie, dem globalen „Ökosozialismus“ als geistigem „Überbau“ für alle individuellen wie kollektiven „Ichs“ dieser Erde, verschmolzen.

Alle bisherigen „Krisendynamiken“ sind den sehr „zögerlichen Umweltregulierungen“ geschuldet. Das „herkömmliche Modell der Weltwirtschaft“ greift nicht mehr, so dass die Devise lautet: „Transformation, nicht Reparatur“. Der Rahmen muss im „Dienste des Gemeinwohls“ neu gesteckt werden. Der Auftrag lautet: „Transformation zu einer nachhaltigen Weltgesellschaft und Weltherrschaft“! Dass dieses operative Konzept zum „Multilateralismus“, diese „ehrgeizige Vision“, dieser „historisch einzigartigen Kraftakt einer solidarischen, evidenzbasierten Modernisierung“ ausgerechnet aus Deutschland kommt, ist erstaunlich und bedenklich zugleich. Wir stehen vor einer einzigartigen „hochdimensionalen Herausforderung“: „Doch nach Auffassung des WBGU ist die Bewältigung der Klimakrise die *conditio sine qua non* für die Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert“. Die Weichen entsprechend zu stellen, dafür „bietet die deutsche G20-Präsidentschaft im Jahr 2017 eine exzellente Gelegenheit, die notwendige Nachhaltigkeitstransformation nicht isoliert von, sondern in Verbindung mit den anderen „Großbaustellen der Weltpolitik“ anzugehen.“ Dafür ist das „Leitbild des gestaltenden Staates“ Voraussetzung, um den Übergang zur Nachhaltigkeit als „globales Modernisierungsprojekt“ voranzubringen. Als Vorbild wird auf die „US-amerikanische Politik des New Deal“ verwiesen. WBGU: „In der heutigen Globalisierungskrise ist ein neuer „Deal“, ein (globaler) Gesellschaftsvertrag zur Nachhaltigkeit und Inklusion erforderlich, der die Grenzen der Nationalstaaten übersteigt und die Überwindung des gegenwärtigen Stagnationszustands der Weltwirtschaft mit dem Projekt der *Wiederherstellung des Friedens zwischen Zivilisation und Natur* verbindet.“

Nach Auffassung des WBGU steht der „Großen Transformation zur Nachhaltigkeit“ (2011) eine „autoritäre, neonationalistische Gegentransformation gegenüber, die die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bedroht“. Im Klartext stehen sich hier zwei Gesellschaftsmodelle gegenüber.

1. Das traditionelle Modell der in den Vereinten Nationen zusammengefassten 196 souveränen Staaten, die das Paris Abkommen unterzeichnet haben.

2. Das Modell eines globalen Einheitsstaates, in dem alle Staaten unter Aufgabe ihrer demokratischen Legitimationsprinzipien ihr Selbstbestimmungsrecht aufgehen.

Die „hochrelevante Frage der Begrenzung gesellschaftlicher Disparitäten“, die Frage der globalen Inklusion der Nationalstaaten und damit die Frage nach der Struktur und Legitimation einer wie auch immer aussehenden „Weltregierung“ bleiben offen. Der WBGU belässt es bei der Andeutung, dass er „zwei neuartige Politikelemente ins Spiel bringen“ möchte, nämlich die Idee vom „*dekadischen Klimaschutzfahrplan*“ und dem „*transformativen Staatsfonds*“. Mit beiden Maßnahmen soll sich die „Weltregierung“ die notwendigen finanziellen Mittel beschaffen, um das „Leitbild des gestaltenden Staates“ zu verwirklichen.

Wer diesen „Weltstaat“ regiert, wird nicht gesagt. Die Herrschaft wird wohl auf allein auf erfundenen „Sachzwängen“ aufbauen. Der WBGU ist weiter der Meinung, dass sich das „Nachkriegsmodell der globalisierten Wertschöpfung“ festgefahren habe und dass sich mit der nachhaltigen Umgestaltung dieses Modells „eine doppelte Dividende erzielen“ ließe. „Zugespitzt formuliert spricht vieles dafür, dass „nicht die Weltwirtschaft transformiert werden muss, um das Klima zu retten, sondern dass die für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen erforderlichen Innovationen die Weltwirtschaft retten werden!“ Doch was könnte das Wetter verändern, um das Klima zu retten? Der WBGU gibt ganz unumwunden zu: „die umrissene Dekarbonisierung ist nichts weniger als eine industrielle Revolution im Erdmaßstab“!

Das ist die einzige Stelle in dem ganzen Sondergutachten, wo nicht verniedlichend von „Transformation“ gesprochen wird, sondern im Klartext gesagt wird, dass es sich um eine „Revolution im Erdmaßstab“ handelt. Die „Dekarbonisierung“ ist nicht nur eine Abkehr von der Nutzung fossiler Rohstoffe, sie ist eine Deindustrialisierung. Sie ist auch kein Rückschritt hinter die „neolithische Revolution“, sie ist eine Rückabwicklung des dritten Tages der Schöpfung. An diesem Tag wurden nämlich die „grünen Pflanzen“ geschaffen, die „Primärproduzenten“ als Basis für alles höhere Leben auf Erden. Ohne „grüne Pflanzen“ gäbe es keine Nahrung für die Tiere und den Menschen. Ohne die Photosynthese gäbe es auch keinen Sauerstoff, um die Nahrung zu verbrennen und aus ihr Energie und Nährstoffe für alles Leben freizusetzen.

WBGU will die Klimakrise überwinden durch Vernichtung allen Lebens auf Erden

In dem mit 143 Literaturstellen verzierten Sondergutachten taucht nur einmal das Wort „Revolution“ auf. Es taucht auch nur einmal das Wort „Wetter“ auf, in dem Kapitel „Erwärmung begrenzen und Klimaextreme vermeiden“. Es beginnt: „Seit der 15. Vertragsstaatenkonferenz 2009 in Kopenhagen ist die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 2°C gegenüber der Zeit vor der Industriellen Revolution in den internationalen Verhandlungen präsent.“ Präsent scheint es nicht der politischen „Weltelite“ zu sein, dass es „vor“ der Zeit der Industriellen Revolution

nicht nur das Klimapessimum der „Kleinen Eiszeit“, sondern auch zwei Klimaoptima zur „Römerzeit“ und im „Hochmittelalter“ gab, deren Zustandekommen bisher kein „Weltklimarat“ hat erklären können. Beide warmen Epochen sind weder den Autofahrern noch den Kraftwerkebetreibern anzulasten. Warum bestehen also die Staatenlenker starrsinnig darauf, dass die momentane im historischen Rhythmus der vergangenen Jahrtausende liegende Erwärmung plötzlich „menschengemacht“ sein soll? Schwingt da nicht eine Art Größen- und Machbarkeitswahn mit?

Es wird aber noch bizarrer, „postfaktischer“! Der WBGU argumentiert weiter: „Die Klimafolgenforschung zeigt, dass bei einem Überschreiten dieser planetarischen Leitplanke gefährliche anthropogene Einflüsse auf das Wetter und Klima (z. B. vermehrte Extremwetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen, Verschwinden von Gebirgsgletschern, irreversibles Schmelzen des grönländischen Eisschildes, starker Meeresspiegelanstieg) wahrscheinlicher werden;...“ Könnte das Wetter nicht einfach nur „normaler“ werden? Fakt ist, die „Klimafolgenforschung“ kann gar nichts zeigen und noch weniger beweisen, weil man nur die Folgen von faktischen Wetterereignissen feststellen und bewerten kann. Der Blick in die „Klimazukunft“ wird hermetisch verstellt durch das Wetter. Und die „Wetterzukunft“ ist uns völlig unbekannt, wie alljährlich die nur wenige Monate betreffenden Prognoseversuche des Winter- und Sommerwetters zeigen.

Was gäbe der Mensch für die Fähigkeit, das Wetter längerfristig vorhersagen und seinen Verlauf nach seinem Geschmack manipulieren zu können. Versuche der Beeinflussung des Wetters hat es zahlreiche gegeben. Der indirekt größte Versuch war der 2. Weltkrieg von 1939 bis 1945. Er war gekennzeichnet durch einen gigantischen Ausstoß an „Treibhausgasen“. War die Abkühlungsphase von 1940 bis 1975, die zu Befürchtungen führte, es könnte eine „neue Eiszeit“ kommen, eine Folge? Jedenfalls gab der „National Security Council“ der USA am 2. Mai 1972 ein vertrauliches Memorandum zum Thema „International Aspects of Weather Modification“ mit der Unterschrift von Henry A. Kissinger an die US-Regierung heraus, dessen Vertraulichkeit am 6. September 2002 ob der Aussichtslosigkeit des Vorhabens aufgehoben wurde. Darin heißt es: „The United States shall continue research oaring on climate modification, but no climate modification operation (civilian or military) shall be conducted until its total impact can be predicted with great assurance and without the specific approval of the President“.

Sodann ist in dem Memorandum vermerkt: „The President has decided not to propose at this time legislation for the licensing and regulation of weather modification activities.“ Sehr wahrscheinlich war man sich schon damals der Aussichtslosigkeit der Versuche bewusst, lenkend und steuernd in das Wettergeschehen eingreifen zu können. Und was das Klima betrifft, so ist es einzig abhängig vom Wetter, wie allein die 1935 in Warschau von den Wetterdiensten verabschiedete Klimadefinition offenbart. Der Klimaschutz ist von Beginn an Unfug! Das Klima ist ein Konstrukt, das statistisch vom Wetter abgeleitet ist. Das Klima ist kein Naturvorgang wie das Wetter und hat damit kein Eigenleben. Beschlüsse über „Klimafolgen“ zu treffen, sind hohle Phrasen, die dem Dreschen von

leerem Stroh gleichen. Unter diesem Aspekt sei die Frage „in den Raum gestellt“, was die Staatsmänner dieser Erde in Paris sich dabei gedacht haben, eine „Begrenzung der globalen Erwärmung“ festzusetzen?

Glaubt der WBGU wirklich ernsthaft, dass sich durch die „Dekarbonisierung“ etwas an der Temperaturverteilung auf der Erde ändert?

In der Photosynthesegleichung sind die drei Elemente zu finden, auf denen die „grünen Pflanzen“ und alles „höhere Leben“ auf Erden aufbauen. Es sind dies die Elemente Wasserstoff H, Sauerstoff O und Kohlenstoff C. Eliminiert man eines dieser Elemente, dann bricht die Existenzgrundlage für Pflanze, Tier und Mensch weg! Das weiß auch der WBGU, denn er schreibt, dass „seit Beginn der Industrialisierung“ eine „verstärkte Photosynthese und damit vermehrtes Wachstum von Pflanzen zu verzeichnen“ ist. Kurz darauf folgt der unsinnige Satz: „Die terrestrische CO₂-Senke unterliegt starken zwischenjährlichen Schwankungen und verschwindet in einzelnen Jahren ganz.“ Wachsen „in einzelnen Jahren“ etwa keine Maiglöckchen und Bäume, keine Reben und Rüben, kein Getreide, kein Mais und Reis? Apropos „zwischenjährlich“, es sollte wohl jahreszeitlich heißen!

An dieser Stelle möchte ich die rhetorische Frage stellen, ob die verantwortliche Umweltministerin Dr. Barbara Hendricks und die für die Richtlinien der Gesamtpolitik verantwortliche Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel überhaupt das Sondergutachten gelesen und durchgearbeitet, und nicht nur oberflächlich überflogen und die ihnen vorgelegte Presseerklärung „unterzeichnet“ haben. Stimmt dies, dann ist es keineswegs verwunderlich, wenn im denkenden Bürgertum mehr und mehr das Vertrauen in „die Politik“ schwindet.

Globale soziale Inklusion zwecks Gesellschaftstransformation zur Nachhaltigkeit

Die Sprache des Sondergutachtens verschleiert mehr als sie offenlegt, doch um dieses zu erkennen, dazu bedarf es eines sorgsam Studiums. Unter Termin- und Zeitdruck stehende Politiker begnügen sich daher mit kurzen Zusammenfassungen und sind dann erschrocken, wenn sie erfahren, was sie alles beschlossen und unterschrieben haben. In der Regel ist es dann zu spät, um die Weichen anders zu stellen. Eine Forderung des WBGU ist die nach einer Stärkung des „gestaltenden Staates“. Dieser habe die Aufgabe, „soziale Innovation zu fördern und eine inklusive Entwicklung unter den Bedingungen der Globalisierung sicherzustellen“. Dies geht aber nur, wenn alle Staaten ihre Grenzen und ihre Souveränität aufgeben, mithin als „nationalstaatliche Demokratien“ abdanken zugunsten eines „Welteinheitsstaates“.

Dieser soll aus zwei Einnahmequellen schöpfen. Erstens soll CO₂ intensiver besteuert werden, indem pro Dekade die CO₂-Abgabe verdoppelt wird. Von 30 US-\$ pro t CO₂ soll bis 2060 die Abgabe auf 240 US-\$ steigen, um den „Klimaschutzfahrplan“ einzuhalten. Dann soll ein

„Zukunftsfonds“ für „neue staatliche Handlungsspielräume“ aufgebaut werden. Die Idee baut auf folgender „Logik“ auf: Da die individuellen Vermögen wesentlich „in Verbindung zur Nutzung fossiler Energie“ stehen, wird den G20-Staaten die Einführung einer „Generationenkomponente auf individuelle Vermögen in Form einer progressiven Erbschaftssteuer auf Nachlassvermögen (Nachlasssteuer)“ angeraten. Der WBGU „plädiert dafür, dass 10-20% des nationalen Erbschafts- und Schenkungsvolumens für die Finanzierung des Zukunftsfonds zur Verfügung stehen.“

Zudem soll die Reichweite von Innovationen ausgeweitet werden hin zu „disruptiv-transformativen soziotechnischen Innovationen“. „Umfassende Systemtransformation“ ist das Ziel. Natürlich darf die „Ernährungsgerechtigkeit und die Nachhaltigkeit globaler Ernährungsmuster“ nicht fehlen. Und angesichts des „globalen Urbanisierungsschubs muss über die Art und Weise, wie Städte gebaut werden, völlig neu nachgedacht werden“. Das bedeutet: „Im Bausektor sollten „Materialien wie Beton und Stahl durch klimafreundliche Substanzen wie Holz, Ton und Stein ersetzt werden.“ Haben sich Beton und Stahl durch eine „Wetterfeindlichkeit“ negativ ausgezeichnet oder nicht genügend Schutz vor den Wetterunbilden geboten? Die geforderten Mittel für eine „internationale Klimakooperation“ sollten lieber in eine „Wetterkooperation“ investiert werden, um die Analyse, die Diagnose und Prognose des Wetters international zu verbessern.

Professor Dr. Hans Joachim Schellhuber CBE, der Chef von WBGU und PIK

Verantwortlich als Vorsitzender des WBGU ist Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joachim Schellhuber CBE, zugleich Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung; Professor für Theoretische Physik an der Universität Potsdam; External Professor am Santa Fe Institute. Schellhuber war ab 1989 Professor für Theoretische Physik am Institut für Chemie und Biologie des Meeres an der Universität Oldenburg. Am 1. Januar 1992 übernahm er als Gründungsdirektor die Leitung des PIK. 1993 wurde er regulärer Direktor und erhielt den Lehrstuhl an der Universität Potsdam. Schellhuber schreibt selbst in seinem Buch „Selbstverbrennung“, wie er zu dieser „Ehre“ kam. „Ich selbst wurde ab 1990 eher zufällig in dieses intellektuelle Abenteuer (die Klimawirkungs-Forschung) hineingezogen, wobei ein welthistorisches Ereignis die Hauptrolle spielte: der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989.“ Der damalige Ministerialdirigent Werner Menden im Bundesumweltministerium habe ihn auf seine „Mission Impossible“ vorbereitet.

Warum er als Physiker, der zumindest theoretisch mit den physikalischen Vorgängen in der Atmosphäre vertraut sein muss, diesen „unmöglichen Auftrag“, ohne Ahnung von den komplizierten Strömungsvorgängen bei der Allgemeinen Zirkulation über die „Klimafolgewirkungen“ zu forschen, annahm, ist mir unerklärlich. Offensichtlich war das mehr ein gesellschaftspolitischer Auftrag, wie der Bezug zum „Fall der Berliner

Mauer“ andeutet, zusammen mit einem Aktionsprogramm „Ökologischer Aufbau Ost“. All dies fand statt unter der „Oberaufsicht“ von Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer. Es ging unter dem Gesamtaspekt „Ökologisches Gleichgewicht“ um eine Neujustierung der Weltpolitik nach Wegfall des „Kommunismus“. Da keine Weltmacht sich offen zum „Lenker der Welt“ aufschwingen wollte und jedwede Ideologie politisch verpönt war, verfiel man auf den Begriff „Narrativ“. Der Begriff kommt aus den Sozialwissenschaften. Ein Narrativ ist nichts als eine sinngebende Erzählung, mit der Emotion transportiert, Orientierung gegeben und Zuversicht vermittelt werden soll.

Nach dem damaligen Stand der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung lassen Narrative sich am besten in Krisenzeiten durchsetzen, auch wenn sie wie die Klimakrise nur eingebildet sind. Eine Transformation ist eine „gewaltfreie“ gesellschaftliche Umformung und Verwandlung, die auf lange Sicht eine ähnliche Wirkung erzielen kann wie ein gewaltsamer Umsturz, eine Revolution. Es wird behauptet, dass Transformation das Resultat rational handelnder Akteure ist. Doch exakt das Gegenteil ist bei der „Klimapolitik“, ob auf nationaler oder internationaler Ebene, der Fall. „Klimaschutz“ ist der Gipfel der Irrationalität. Kein amerikanischer, australischer, brasilianischer, chinesischer, indischer, japanischer, südafrikanischer oder anderer der G20-Präsidenten ist so vermessen zu behaupten, er könne das Wetter seines Landes schützen, extreme Wetterereignisse verhindern. Alle diesbezüglichen Klimaschutzversprechungen sind Schall und Rauch, sind Spökenkiekereien, sind primitive Modell-Wahrsagerei.

Der WBGU glaubt selbst nicht an seine Versprechungen, denn warum sonst würde zum Schutz vor dem Wetter Anpassungsmaßnahmen wie „Überschwemmungsschutz“ und „Wirbelsturmschutzräume“ empfehlen. Die ersten Schutzräume vor dem Wetter, die der Mensch aufsuchte, waren Höhlen. Frankreich ist ein Eldorado für Höhlen und Grotten, aber auch in Baden-Württemberg kann man „Höhlen der letzten Eiszeitkunst“ besichtigen und die „Venusfigur“ mit einem Alter von etwa 40000 Jahren zu bewundern. Was der WBGU unter des Kaisers neuem Kleid „Klimaschutz“ wirklich verbirgt, das sagt er nicht konkret. Es könnte sein, dass David Rockefeller 1999 in Newsweek einen Hinweis gegeben haben könnte: „Irgendetwas muss die Regierungen ersetzen, und mir scheint, dass die private Macht die geeignete Identität dafür ist.“ Wenn Weltherrschaft das Ziel ist, dann sind die nationalstaatlich verfassten Demokratien Hindernisse auf diesem Weg privater Mächte, die weggeräumt werden müssen. Der WBGU-Warnruf vor dem Aufstieg „eines autoritären, völkischen Nationalismus“ ist ein Ablenkungsmanöver. In allen Demokratien der Erde sollten die Alarmglocken läuten. Es geht um ihre Existenz. Es geht um die freiheitliche demokratische Grundordnung der Vereinten Nationen. Soll das Motto „Geld regiert die Welt!“ die Zukunft sein?

Bürgervertrauen in die Politik setzt voraus,

dass sie mit offenen Karten spielt

Das WBGU-Sondergutachten ist ein Musterbeispiel, wie man politisch brisante Ziele verklausuliert und unkenntlich macht, bis sie die parlamentarischen Hürden genommen haben. Wenn sie erst „Volksmeinung“ und in „Gesetze“ geschmiedet sind, dann setzen die Sachzwänge ein, dann gibt es kein Zurück. Dieser Weg hat sich bewährt, denn nur die allerwenigsten Volksvertreter lesen vorher, was ihnen zu beschließen empfohlen wird.

Kein Wunder, dass im Bürgertum das Vertrauen in die Politik rapide abnimmt, weil sie nicht den Mut hat, den Bürgern „klaren Wein“ einzuschenken und die Wahrheit zu sagen, die sie von den Bürgern fordert. Wann sehen die Politiker der Welt ein, dass der „Klimaschutz“ per se ein postfaktisches und daher unmögliches Unterfangen ist. Faktum ist das Wetter. Ist es vorbei, und „Klima“ umschreibt die Wettervergangenheit, ist ein Schutz illusorisch. Wenn ein Blitz eingeschlagen hat, ist diese Tatsache unmöglich mehr rückgängig zu machen!

Oppenheim, den 25. Januar 2017
Dr. phil. Wolfgang Thüne

Dipl.-Meteorologe